



**Projektland: Pakistan/Afghanistan**

**Quartalsbericht: Januar bis März 2009**

### **Schlagzeilen:**

- **Konfrontation zwischen Präsident Zardari und Oppositionsführer Sharif endet mit der Wiedereinsetzung des Chief Justice Chaudhry Iftikhar und einem Punktsieg der PML (N)**
- **Senatswahlen in Pakistan**
- **Terminierung der Präsidentschaftswahlen in Afghanistan**
- **Verhandlungen mit den Taliban im Swat-Tal endet mit der Einführung der Sharia**
- **Machtkonsolidierung pakistanischer und afghanischer Taliban**
- **Ernennung eines US-Sonderbeauftragten für Afghanistan/Pakistan und Veröffentlichung einer neuen Afghanistan-Strategie**

### **Im Einzelnen:**

- **Konfrontation zwischen Zardari und Sharif endet mit der Wiedereinsetzung des Chief Justice Chaudhry Iftikhar und einem Punktsieg der PML (N)**

Präsident Zardari und Nawaz Sharif, Führer der größten Oppositionspartei PML (N), gelangten im 1. Quartal d.J. auf einen Konfrontationskurs, aus dem der Präsident geschwächt hinausging. Gegenstand der Auseinandersetzung war die Frage nach der Wiedereinsetzung von Chief Justice (CJ) Chaudhry Iftikhar, worüber bereits im Jahre 2008 die große Koalition zerbrochen war. Zardari fürchtete mit der Wiedereinsetzung des CJ die Aufhebung seiner verfassungsmäßig bedenklichen Immunität gegenüber anhängigen Korruptionsvorwürfen. Nebenkriegsschauplätze waren die Frage nach den Kompetenzen des Staatspräsidenten und die Zukunft der Koalitionsregierung in der größten und einflussreichsten Provinz Pakistans, dem Pandschab.

Die Abfolge der Ereignisse, die schließlich mit dem Nachgeben des Präsidenten endete, verlief sehr dynamisch. Die Anwaltsbewegung hatte seit geraumer Zeit einen Demonstrationzug („Langen Marsch“) nach Islamabad geplant, um den zweiten Jahrestag der Absetzung von Chief Justice Chaudhry Iftikhar zu begehen. Dieser war am 9. März 2007 vom Militärregime willkürlich des Amtes enthoben worden. Ab dem 22. Februar bekundete Nawaz Sharif auf einer Reihe von Großkundgebungen, dass er die Anwaltsbewegung bedingungslos unterstützen werde. Diesem Beschluss folgten die religiöse, rechtsextreme Partei *Jamiat-e Islami* und die *Tehrik-e Insaaf* von Cricket-Star Imran Khan, so dass der Anwaltsbewegung ein hohes Maß an ‚Street-Power‘ zuteil wurde.

Die Konfrontation eskalierte, als am 25. Februar das oberste Gericht die beiden Sharif-Brüder disqualifizierte und aufgrund von anhängigen Verfahren die Amtunfähigkeit der

politischen Gegner Zardaris feststellte. Weite Kreise Pakistans schrieben diesen Richterspruch einer dem Präsidenten hörigen Justiz zu. Der Präsident wurde fortan der Willkür verdächtigt und mit seinem Vorgänger Musharraf verglichen. Diese Vorwürfe wiederholten sich, je mehr die Regierung von bedenklichen exekutiven Rechten Gebrauch machte:

- Mit der Disqualifikation des Chief Ministers vom Pandschab (Shabbaz Sharif, Bruder von Nawaz Sharif) wurde die so genannte ‚*Governer's Rule*‘ ausgerufen. Die demokratisch gewählte Provinzregierung wurde hierdurch abgesetzt.
- Die Strafprozessordnung wurde verschärft und die Polizei erhielt umfangreiche Kompetenzen, um Personen in Beugehaft zu nehmen (Art. 144 des *Code of Criminal Procedure*). Anhänger der Anwaltsbewegung, der Oppositionsparteien und der Zivilgesellschaft wurden daraufhin zu Hunderten interniert.
- ‚Mobile Gerichte‘ wurden eingesetzt, um die zahlreichen Verhaftungen rechtskräftig zu machen. Zuletzt wurde eine solche Maßnahme unter britischer Kolonialherrschaft im Jahre 1919 getroffen, um Massendemonstrationen in der Provinzhauptstadt Lahore einzudämmen.

In die sich immer weiter verschärfende Auseinandersetzung schaltete sich zunächst Premierminister Gilani ein, der zwischen Präsident und den Sharif-Brüdern zu vermitteln suchte. Jedoch wurde seine Kontaktabstimmung mit der PML (N) vielerorts als ein Versuch gewertet, die Kompetenzen des Staatspräsidenten zu kritisieren und eine Beschneidung seiner Machtfülle vorzubereiten. Aber auch andere Entwicklungen innerhalb der Regierungspartei PPP deuteten auf eine tiefe Spaltung zwischen dem Präsidenten und alten Parteifürsten: nachdem PPP-Vertreter, die der Anwaltsbewegung nahe stehen (Aitizaz Ahsen, Safdar Abbasi) bereits seit geraumer Zeit in die Ungnade des Präsidenten gefallen waren, reichten führende PPP-Politiker und Amtsträger (Sherry Rehman, Raza Rabbani) aufgrund des autokratischen Gebarens des Präsidenten ihren Rücktritt ein.

Die Sharif-Brüder stellten indes alle Weichen auf Protest und unterstützten kurz nach den Senatswahlen am 12. März aktiv den Langen Marsch, welcher sich aus allen Landesteilen Islamabad näherte. Die Krisis erreichte in der Nacht vom 15. auf den 16. März ihren Höhepunkt. Während bereits die Demonstrations-Kolonnen aus Quetta, Karatschi und Peschawar auf dem Weg nach Islamabad waren, welches abgeschottet hinter Reihen von Containern und schwerem Gerät der Sicherheitskräfte eingegelt seinem Schicksal entgegen blickte, lieferten sich Polizei und Demonstranten Straßenschlachten in Lahore. Life berichtete das Fernsehen über die Straßenschlachten, die an die Protestkundgebung zwischen Anwälten und Militärregime des vorvergangenen Jahres erinnerte. Nur protestierte die Regierung gegen einen ehemaligen Weggefährten, nämlich gegen die demokratisch gewählte Regierung unter der Führung der PPP. Zug um Zug widersetzten sich schließlich Führer des Sicherheitsapparats gegen ihre Befehle und wurden sogleich von den Demonstranten euphorisch gefeiert. Als die Polizei den unter Hausarrest gestellten Nawaz Sharif nach Islamabad abreisen ließ, wurde deutlich, dass die erst 30.000 Demonstranten zählende Bewegung das Potential für einen Massenansturm auf Islamabad besaß. Im Bewusstsein einer ständigen Gefahr durch Selbstmordattentate, die in Windeseile mit ihren Blutbädern eine anarchische Situation herstellen können, war diese Entwicklung aus sicherheitlicher Perspektive nicht mehr tragbar.

Es war schließlich die kraftvolle Vermittlung der Armeeführung, die neben Interventionen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens die Lage entschärfen konnte. So wurde der Präsident (wohl unter Androhung drastischer Konsequenzen) gezwungen, der Wiedereinsetzung des Chief Justice Chaudhry Iftikhar zuzustimmen. Diese Entscheidung wurde vom Premierminister in den frühen Morgenstunden des 16. März öffentlich verkündet. Gleichzeitig rief Nawaz Sharif seine Anhänger und die Anwälte auf, umgehend die Demonstrationen aufzulösen und den Langen Marsch zu beenden. Auch wenn in typisch pakistanischer Manier dieses Krisenmanagement durch kollektives und öffentliches

Verspeisen von Süßigkeiten gefeiert wurde, blieb der grundlegende Gegensatz zwischen PPP und PML (N) ungelöst. Es bleibt offen, ob

- der Chief Justice die *National Reconciliation Ordinance* anzweifeln und somit die Immunität Zardaris gegenüber anhängigen Korruptionsverfahren aufheben wird;
- das Parlament die Machtfülle des Präsidenten durch die Aufhebung der 17. Verfassungsänderung einschränken wird;
- die Große Koalition von PML (N) und PPP im Pandschab eine politische Zukunft hat.

Trotz der Freude über den friedlichen Ausgang und trotz der vorübergehenden Einigung ist die Vertrauensbasis zwischen den großen Parteien vor allem aufgrund des mehrfachen Wortbruchs des Staatspräsidenten ruiniert. Die PML (N) ging als Gewinner aus der Konfrontation hervor und konnte eine Meilenstein ihrer fortwährenden Kampagne für mehr Popularität über die Grenzen des Pandschab hinaus erreichen: mit der Wiedereinsetzung des Chief Justice hat sie ihr erstes *„mission accomplished“* bewiesen und kann sich nun emanzipiert von der Anwaltsbewegung größeren demokratischen Zielen zuwenden. Nach der Wiederherstellung der von ihr geführten Regierung im Pandschab (mit welchem Koalitionspartner auch immer) wird sie sich auf die in der Charter of Democracy festgeschriebenen Ziele einschließen. Darunter fällt als nächstes die Beseitigung der 17. Verfassungsänderung und eine Schwächung des Präsidentenamtes. In der Öffentlichkeit wird diese auf Prinzipien und Benchmarks beruhende Politik der PML (N) weiterhin viel Zustimmung ernten. Vielleicht wird die PML (N) ihre Nähe zu religiösen Politik-Akteuren am extremen rechten Spektrum neu definieren können und sich klar von ihren undemokratischen Vergehen der Vergangenheit distanzieren. Hierdurch hätte sie mittelfristig die Aussicht, von den USA als ziviler politischer Partner der Zukunft entdeckt zu werden.

- **Senatswahlen in Pakistan**

Ohne viel mediale Aufmerksamkeit fanden am 12. März 2009 die Senatswahlen in Pakistan statt. Diese Wahlen haben dennoch eine hohe strukturelle Bedeutung. Sie spiegeln in einem föderalen System die Machtverhältnisse in den Provinzen wider und bestimmen eine sechs Jahre währende Amtszeit der Volksvertreter im Oberhaus (50 der 100 Senatoren werden alle 3 Jahre neu gewählt). Der Senat kann zudem vom Präsidenten nicht aufgelöst werden.

Das Ergebnis der Wahl steht aufgrund der jeweiligen Stärke der Parteien in den Provinzparlamenten bereits vorab fest und ist lediglich von der Parteidisziplin abhängig. Dieser Parteidisziplin wird nach Presseberichten oftmals durch politische oder pekuniäre Gratifikationen nachgeholfen. Größter Verlierer war die Musharraf nahe stehende Partei PML (Q), größter Gewinner die Regierungspartei PPP, welche in allen Provinzen an der Regierung beteiligt ist. Die Regierungskoalition kann im Senat nun unter Zuhilfenahme eines unabhängigen Senators eine Mehrheit stellen. Dies stellt kein unüberwindbares Hindernis bei der Verabschiedung von Gesetzen dar.

Bisher hat die Parlamentsarbeit jedoch noch keine herausragenden Ergebnisse hervorgebracht, wurden doch nur 4 Gesetze im ersten Regierungsjahr ordentlich verabschiedet. Es ist zu hoffen, dass die pakistanischen Volksvertretungen im zweiten Regierungsjahr eine aktivere Arbeit leisten werden.

- **Terminierung der Präsidentschaftswahlen in Afghanistan**

Die afghanische Verfassung fordert das Abhalten der nächsten Präsidentschaftswahlen vor dem 21. März 2009. Jedoch legte die Wahlkommission aufgrund von Wetter- und Sicherheitsbedenken, die eine vollständige Wählerregistrierung bisher verzögerten, auf den 20. August. In diesem zeitlichen Zwischenraum besäße Präsident Karzai keine unzweideutige Legitimität.

Um dieser sich anbahnenden Legitimitätskrise aus dem Weg zu gehen, aber auch um die Vorteile einer nicht vollendeten Wählerregistrierung potentiell für das eigene Abschneiden zu nutzen, forderte Karzai kurzerhand vorgezogene Wahlen. Die internationale Gemeinschaft und innenpolitische Gegner reagierten mit Protest. Die Vereinigten Staaten, deren weitere Unterstützung für Präsident Karzai zunehmend bezweifelt wird, hätten ebenso wenig Zeit zur Neuausrichtung auf einen alternativen Kandidaten besessen wie die Widersacher Karzais, die einen stringenten Wahlkampf bisher noch nicht eingeleitet haben. Auch warten die aussichtsreichsten Gegenkandidaten, darunter die ehemaligen Finanzminister Ashraf Ghani und Anwar ul-Haq Ahady sowie der in den USA residierende ehemalige Innenminister Ahmed Ali Jalali, auf ein Zeichen aus Washington. Die Vereinigte Nationale Front hat sich ebenfalls noch nicht positioniert. Der ehemalige Außenminister Abdullah wird als Spitzenkandidat genauso wie Vizepräsident Ahmed Zia Masood, Schwiegersohn von Nordallianzfürher Burhanuddin Rabbani, gehandelt.

Inzwischen hat der Supreme Court Afghanistans die Interimszeit von Präsident Karzai über den 21. März 2009 hinaus legalisiert, so dass Karzai keine Vorwürfen eines Verfassungsbruchs zu befürchten hat. Beunruhigender erscheint für ihn vielmehr die Frage nach der zukünftigen Unterstützung durch die USA.

- **Verhandlungen mit den Taliban im Swat-Tal endet mit der Einführung der Sharia**

Zwei Militärkampagnen im November 2007 und Juni 2008 haben die Sektion der *Tehrik-e Taliban Pakistan* (TTP) im Swat nicht niederringen können. Vielmehr konnte der lokale Führer der TTP, Mullah Fazlullah („Radio Mullah“), seine extremistischen Botschaften weiterhin ungehindert über UKW verbreiten und seinen Willen vor allem nachts mittels seiner Anhänger den Talbewohnern aufzwingen. Die Sicherheitskräfte, welche zunehmend aufgrund von umfangreichen Kollateralschäden die Unterstützung der Bevölkerung verloren hatten, weigerten sich zunehmend, den Dienst an der Waffe auszurichten. Desertierungen und ausbleibender Dienstantritt wurden zu einem Massenphänomen. Weder wurden die Radiosendungen unterbunden, noch die TTP offen bekämpft. Die Volksmeinung sah in der Untätigkeit des Militärs schließlich den erdrückenden Beweis für eine Komplizenschaft zwischen TTP und dem Sicherheitsapparat.

Dem Konflikt fielen bisher über 200 Mädchenschulen zum Opfer. Ein Verbot von Schulunterricht für Mädchen wurde von Fazlullah ausgesprochen. In dieser aussichtslosen Lage beauftragte die Provinzregierung NWFP den Schwiegervater von Mullah Fazlullah, den Jihad-Agitator Sufi Muhammad, Friedensverhandlungen mit der TTP einzuleiten. Dass die säkulare Regierungspartei ANP diesen Schritt wagte, wurde vielerorts als eine Kapitulation gegenüber den Taliban betrachtet. Allerdings stand der Regierung bei ausbleibender Unterstützung des Militärs eine Containment-Option nicht mehr zur Verfügung. In dieser aussichtslosen Lage erwirkte die Regierung mit dem Friedensabkommen wenigstens für kurze Dauer Entlastung für die lokale Bevölkerung, bevor sich die Nachrichten von Übergriffen der TTP wieder häuften.

Wie auch bei den Friedensabkommen der jüngeren Vergangenheit beobachtet werden konnte, war die Waffenruhe nicht von langer Dauer. Ein offizieller 'Bruch' oder eine Aufhebung wurde im Berichtszeitraum noch nicht vermeldet, jedoch hat die TTP im Swat-Tal ihren Machtbereich neu definiert und breitet sich jüngst von dort aus ungehindert in Richtung Westen aus (ins Dir-Tal). Berichte über ein neu entstandenes Rückzuggebiet für Al-Qaeda wurden vermeldet. Diese Entwicklung ist insofern bedeutend, als dass US-amerikanische Drohnen aufgrund von politischen und geographischen Hindernissen über diesem Gebiet nur erschwert operieren können.

Der Preis des Abkommens, welches am 9. März veröffentlicht wurde, ist nicht nur für die Provinzregierung ausgesprochen hoch. Es sieht eine Aussetzung der zivilen Gerichtsbarkeit auf Anordnung des Gouverneurs NWFP vor. Statt der in Peshawar und Islamabad verabschiedeten Gesetze wurde eine diffuse Form der Shariah unter dem Titel

‚Nizam-e-Adl Regulation 2009‘ eingeführt. Koran und Sunna bilden fortan den Gesetzeskanon, und werden durch shariatliche Verfahren wie *Ijma‘* (Konsensentscheid) oder *Qiyas* (Analogieschluß) von geistlichen Würdenträgern ausgelegt. Da diese Würdenträger von TTP-Führer Mullah Fazlullah eingesetzt wurden, wird Recht und Ordnung nun im Ermessen der pakistanischen Taliban per Richterspruch hergestellt.

- **Konsolidierung pakistanischer und afghanischer Taliban**

Im Februar wurde die Beilegung von Konflikten verschiedener Sektionen der *Tehrik-e Taliban Pakistan* (TTP) vermeldet. Demnach habe TTP-Führer Beitullah Mehsud, der unter anderem für die Ermordung Benazir Bhuttos verantwortlich gemacht wird, Differenzen mit seinen Rivalen Hafiz Gul Bahadur und Maulvi Nazir beigelegt und eine 13-köpfige *Shura-e-Ittihad-ul-Mujahideen* gegründet. Diese Shura habe die Führung vom afghanischen Taliban-Führer Mullah Omar anerkannt und sich dem Ziel verpflichtet, gegen die internationale Friedensmission gemeinsam vorzugehen. In einer Zeit, in der sich die westlichen Nationen unter der Führung von US-Präsident Obama neu zu vereinen scheinen, fand in Afghanistan und Pakistan eine ebensolche Konsolidierung der Macht statt.

Die Sicherheitslage hat sich statistisch auf beiden Seiten der Grenze verschärft. Mit der geplanten Entsendung von weiteren 21.000 US-amerikanischen Truppen in die östlichen Provinzen Pakistans, einer erhöhten Frequenz von US-Drohnen-Luftschlägen auf pakistanischem Territorium und der Festigung des Widerstandes auf beiden Seiten der Grenze steht Afghanistan und Pakistan ein heisser Sommer bevor. Der pakistanische Senator Afrasiab Khattak erwartet einen rapiden Anstieg von *Internally Displaced Persons* (IDP) aus den umkämpften Gebieten, vor allem aus FATA. Die gegenwaertige Zahl von IDPs wird auf 700.000 Personen allein in Pakistan geschätzt.

Bereits 14 Selbstmordattentate wurden im ersten Quartal aus Pakistan berichtet. Zusätzlich wurden zwei Amok-artige Überfälle in Lahore verübt, die zum einen auf das Sri Lankesische Cricket-Team und zum anderen auf eine Polizeischule verübt wurden. Der geographische Aktionsradius breitet sich somit auch nach Osten aus. In Afghanistan stieg die Zahl der US-amerikanischen Gefallenen im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr um mehr als 100%. Nach Angaben der Vereinten Nationen starben im vergangenen Jahre rund 2.100 Zivilisten aufgrund der militärischen Auseinandersetzung. Auf pakistanischer Seite werden die Zivilopfer inoffiziell mit 900 Toten benannt.

- **Ernennung eines US-Sonderbeauftragten für Afghanistan/Pakistan und Veröffentlichung einer neuen Afghanistan-Strategie**

Die Amtseinschwörung von US-Präsident Obama wurde in Pakistan mit Spannung und unter der Perspektive verfolgt, welche Rückschlüsse sich auf die Beziehungen mit Pakistan und auf den Kampf gegen den Terror schließen ließen. Während die Rede selbst nicht direkt auf Pakistan einging, zeigte die Homepage des Weißen Hauses etwas eindeutiger die künftige Strategie der Vereinigten Staaten. Auf der Homepage werden Afghanistan und Pakistan als gemeinsame außenpolitische Herausforderung beschrieben. Diese Ansicht wurde durch eine Personalentscheidung unterstrichen, die als Unikum in die US-amerikanische Außenpolitik Einzug erhielt. Mit Richard Holbrooke, dem Architekten der Dayton-Abkommen, wurde nunmehr ein Sondergesandter für gleich zwei Staaten benannt. Ursprünglich sollte er denselben Status auch noch für Indien bekleiden, wogegen sich die indische Diplomatie jedoch erfolgreich zu wehren wusste. Mit der Forderung nach der Lösung des Kaschmir-Konfliktes als eine der Ursachen und der Hindernisse bei der Lösung des Afghanistan-Konfliktes sowie mit der beständigen Forderung nach einem ‚regionalen Ansatz‘, die in einem vielbeachteten Beitrag von Barnett Rubin und Ahmed Rashid in der Zeitschrift ‚Foreign Affairs‘ vorgetragen wurde, ist der Stellenwert Pakistans in der US-amerikanischen Außenpolitik erheblich gestiegen. Eine Erhöhung der Streitkräfte auf der Linie der im Irak erfolgreichen ‚Surge‘-Politik wird im Frühjahr 2009 angestrebt. Kontinuität verspricht auch die

Beibehaltung von US-Verteidigungsminister Robert Gates. Jedoch werden sichtbare Änderungen einer Pakistan/Afghanistan-Politik bei stärkerer Berücksichtigung iranischer und russischer Interessen, womöglich auch im Hinblick auf die Rolle der Shanghai Cooperation Organization (SCO) und indischer Sicherheitsinteressen, erst im Laufe des Frühjahres zu Tage treten.

Nach gezielt platzierten Ankündigungen veröffentlichte Präsident Obama am 27. März 2009 schließlich in einer Rede an die US-amerikanische Nation die Grundzüge einer neuen Afghanistan-Strategie. Der Zeitpunkt wurde in unmittelbare Nähe zu den Gipfeltreffen in Den Haag (Afghanistan-Konferenz am 31. März), London (G-20-Treffen am 2. April) und Strassburg/Kehl (NATO-Gipfel am 3.-4. April) gelegt und wirkte somit Agenda setzend.

Die Einzelheiten der Strategie wurden in der deutschen Presse eingehend besprochen. Leitmotivisch kann die Strategie als der Versuch bewertet werden, die entwicklungs- und sicherheitspolitischen Ziele zu reduzieren und die finanziellen, militärischen und diplomatischen Ressourcen zu erhöhen. Die am Beginn des Afghanistan-Einsatzes statuierten Ziele im Bereich der Demokratisierung, Guten Regierungsführung, Geschlechtergleichstellung, Bildung und dem Infrastrukturaufbau haben sich als Wunschträume erwiesen. Daneben konnte der in den ersten Jahren erzielte Burgfrieden und der zu früh verkündete Sieg über die Taliban nicht aufrecht erhalten werden. Der allgemeine Widerstand hat in erschreckendem Masse zugenommen. Zuspruch fand daher die Einschätzung von Präsident Obama, dass der Krieg in Afghanistan momentan nicht gewonnen werde. Dies sei zudem Resultat des transnationalen Charakters des Konfliktes, so dass der geographische Fokus auf Pakistan, insbesondere auf die Stammesgebiete FATA, einen weiteren Politikwechsel darstellt. Als Instrumentarium sieht die neue Afghanistan-Strategie daher folgenden erhöhten Ressourceneinsatz vor:

- *Militärisch* steht der beschleunigte Aufbau der Afghan National Army (ANA) auf über 130.000 Soldaten im Vordergrund. Jeder militärischen Einheit Afghanistans soll dabei eine internationale Einheit als Mentor zur Seite gestellt werden. Gleichzeitig planen die USA für das laufende Jahr eine Truppenerhöhung um 21.000 Soldaten. Jegliche Unterstützung anderer truppenstellender Nationen soll im Bereich von Kampfeinsatztruppen bis hin zu Logistik und Aufklärung angefragt werden (NATO-Gipfel am 3.-4. April). Der Krieg soll dabei zu den Taliban getragen werden und das Rückzugsgebiet der Taliban auf pakistanischem Boden ausgeschaltet werden. Mit dem Zusatz *„one way or the other“*, der den militärischen Mitteleinsatz charakterisiert, wird allgemein eine Fortsetzung der Drohneneinsätze über pakistanischem Gebiet verstanden. Den Einsatz von US-Bodentruppen schloss Präsident Obama –vorerst– aus.
- *Diplomatisch* hat die regionale Konsultation durch die Begegnung von *Special Envoy* Holbrooke mit einem Vertreter Irans auf der Afghanistan-Konferenz in Den Haag bereits begonnen. Die Besetzung einer Afghanistan-Kontaktgruppe unter der (nominellen) Führung der Vereinten Nationen wird voraussichtlich ein Forum zur Einbindung von Regionalmächten und Nicht-NATO-Staaten darstellen. Auf lokaler Ebene soll der bisher alles andere als erfolgreiche Versuch von Gesprächen mit Taliban intensiviert werden. Jegliches Friedensabkommen mit Taliban war bisher nicht von Dauer. Dennoch sieht die neue Strategie vor, bekehrbare (*„reconcilable“*) Elemente von militanten Hardlinern zu trennen. Hierbei sollen auch finanzielle Anreize zum Tragen kommen, da ein Grossteil der Taliban als Sympathisanten und Profiteure des Konfliktes betrachtet werden.
- *Finanziell* sieht die neue Afghanistan-Strategie eine Verdreifachung der US-amerikanischen Mittel für Pakistan auf jährliche 1,5 Mrd. USD über einen Zeitraum von 10 Jahren vor. Zudem wurde ein schon seit Jahren angekündigtes Programm zum Aufbau von *Reconstruction Opportunity Zones* (ROZ) bemüht, welches vor allem

lokale Produkte in den FATA fördern und exporttechnisch begünstigen soll. Eine Aufstockung ziviler Hilfe anderer Gebernationen wurde ebenfalls gefordert.

Ob hierdurch das US-amerikanische Oberziel ‚*to disrupt, dismantle and defeat Al-Qaeda in Afghanistan und Pakistan*‘ erreicht wird, soll der amerikanischen Bevölkerung (und dem Rest der Welt) zukünftig durch klar definierte, online einsehbare Meilensteine und Benchmarks nachvollziehbar gemacht werden. Hierdurch werde der massive Mitteleinsatz zukuenftig legitimiert. Während die Reaktion aus Afghanistan gerade wegen des sich verschiebenden geographischen Fokus auf Pakistan eher positiv ausfiel, reagierte die pakistanische Öffentlichkeit verhalten bis zögerlich. Ein Kommentator zog daher das Fazit, dass ‚nur eine Sache bisher klar geworden ist: der Afghanistan-Krieg ist nun definitiv zu Obamas Krieg geworden‘.

Islamabad, den 2. April 2009  
Richard Asbeck  
AM Pakistan/Afghanistan